



## Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 29.01.2018
4. Beschlusskontrolle
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
  - 5.1. Ausrichtung des 14. Mecklenburg-Vorpommern-Tags 2020 in Greifswald  
*Der Oberbürgermeister*
  - 5.2. Grundsatzentscheidung zur Änderung der vorgesehenen Nutzung einer Fläche im Museumshafen  
*Der Oberbürgermeister*
  - 5.3. Besetzung Fachbeirat Greifswald Marketing GmbH (GMG)  
*Dez. I, Beteiligungsmanagement*
  - 5.4. Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen beim Amtsgericht Greifswald sowie beim Landgericht Stralsund für die Amtsperiode vom 01.01.2019 – 31.12.2023  
*Dez. I, Amt 30*
  - 5.5. Wahl der stellvertretenden Schiedsperson der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Amtsperiode vom 2018 – 2023  
*Dez. I, Amt 30*
  - 5.6. Aktualisierung Verkauf von Wohnbauflächen im Bebauungsplangebiet Nr. 88 – Heinrich-Heine-Straße –  
*Dez. II, Amt 23*
  - 5.7. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße -; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.8. Bauantrag - Nutzungsänderung/ Umbau des ehem. Botanischen Instituts in der Grimmer Straße 86-88  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.9. Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Übertragung von Aufgaben eines Aufgabenträgers nach § 3 Absatz 4 ÖPNVG M-V auf die Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.10. Beschluss Nachhaltige Entwicklung Greifswald: Anwendung der UN 2030- Agenda-Ziele auf kommunaler Ebene und Beteiligung an der Kampagne „Fairtrade Towns“ zur Erlangung des Titels „Fairtrade Stadt Greifswald“ als eine Maßnahme dazu  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.11. Beschluss über die Teilnahme am Horizon 2020 Projekt „Compete4SECAP“ und damit einhergehend die Teilnahme am European Energy Award Prozess  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.12. Patenschaft für Korvette  
*CDU-Fraktion*
  - 5.13. Liste der sanierungsbedürftigen und an Sportvereine verpachteten Sportstätten nebst einer Zeitliste über die Dringlichkeit der jeweiligen Maßnahmen  
*CDU-Fraktion*
  - 5.14. Crowdfunding zur Finanzierung von Anlagen zur Energieerzeugung oder -speicherung  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
  - 5.15. Reduktion der Verwendung von Glyphosat, Fipronil, Neonicotinoiden und anderen, die Biodiversität gefährdenden Giften auf stadteigenen Flächen in einem dialogorientierten Prozess  
*Dr. Ulrich Rose, Fraktion DIE LINKE*
  - 5.16. Strandbad Eldena  
*SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
  - 5.17. Prüfauftrag Internet an Schulen  
*Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP*

- 5.18. Neubesetzung in OTV Ostseevierviel  
*Fraktion DIE LINKE*
- 6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
- 8. Mitteilungen der Präsidentin
- 9. Schluss der Sitzung

## TOP 1. Eröffnung der Sitzung

### Der Oberbürgermeister

. eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden – darunter die Mitglieder des Hauptausschusses – und stellt die Beschlussfähigkeit fest.  
13 Mitglieder des Hauptausschusses sind anwesend.

## TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

### Der Oberbürgermeister

. ruft den TOP auf.

. informiert, dass es fünf nachträgliche Vorlagen gebe und schlägt folgende Einordnung vor:

1. Empfehlungen an die Verwaltung für eine barrierefreie Stadt 2018 → TOP 5.19
2. Empfehlungen an die Verwaltung für eine barrierefreie Stadt für die Umsetzung ab 2019 → TOP 5.20
3. Annahme einer Spende für Projekte der Kriminalprävention → TOP 5.21
4. Bürgerschaft bekennt sich zum Theater Vorpommern → TOP 5.22
5. Grundstücksveräußerung Grünfläche am nördlichen Museumshafen (Schiffsanleger Stubnitz) → TOP 5.23

. bittet die Einbringer der nachträglichen Vorlagen um Begründung der Dringlichkeit.

Zu den ersten zwei nachträglichen Vorlagen ist niemand anwesend, der die Dringlichkeit begründen kann.

### Frau Görs

. schlägt vor, die fünfte nachträgliche Vorlage zusammen mit TOP 5.2 zu behandeln.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, die erste nachträgliche Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	einige

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, die zweite nachträgliche Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	einige

Auch zur Begründung der Dringlichkeit der dritten Vorlage ist niemand anwesend.

**Frau Socher**

. weist darauf hin, dass die Begründung der Dringlichkeit beinhalte, Schaden von der Stadt abzuwenden. Daher sollte man dieses Verfahren ernst nehmen.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, die dritte nachträgliche Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

**Frau Görs**

. begründet die Dringlichkeit der vierten nachträglichen Vorlage: Es gebe demnächst wieder Verhandlungen mit dem Land bezüglich des Theaters. Zu diesen sollte die Bürgerschaft bekräftigen, wie wichtig ihr das Theater sei.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, die vierte nachträgliche Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	4

**Herr Krüger**

. begründet die Dringlichkeit der fünften nachträglichen Vorlage: Die Dringlichkeit sei gegeben, da sich der TOP 5.2 bereits mit dem Thema beschäftige. Außerdem diene die Vorlage dazu, eine Diskussion anzuregen

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, die fünfte nachträgliche Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	4	0

**Der Oberbürgermeister**

- . weist darauf hin, dass es zu TOP 5.15 eine neue Version gebe
- . nimmt den Hinweis von Frau Görs auf und schlägt vor, TOP 5.23 nach TOP 5.2 zu behandeln.
- . lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**Herr Multhauf**

. kritisiert, dass in seinen Sitzungsunterlagen keine Anlagen enthalten gewesen seien.

Es wird aufgenommen, dass Herr Multhauf auch künftig alles in Papierform erhalte.

**TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 29.01.2018**

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	6

**TOP 4. Beschlusskontrolle**

Keine Anmerkungen

**TOP 5. Diskussion von Beschlussvorlagen**

**TOP 5.1. Ausrichtung des 14. Mecklenburg-Vorpommern-Tags 2020 in Greifswald**

06/1338  
HA-279/18 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, der Anregung des Landesmarketings zu folgen, dass Greifswald gastgebende Stadt des Mecklenburg-Vorpommern-Tages 2020 wird.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.2. Grundsatzentscheidung zur Änderung der vorgesehenen Nutzung einer Fläche im Museumshafen**

06/1349

Die TOPs 5.2 und 5.23 werden zusammen behandelt.

**Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.

. weist darauf hin, dass die Verwaltung aufgrund der Anregungen aus den Fachausschüssen die Beratungsfolge der Beschlussvorlage um die Bürgerschaft erweitere.

Außerdem seien alle der Verwaltung bekannten Investoren, die sich seit 2011 für diese Fläche beworben hätten, angeschrieben. Man habe ihnen eine Frist bis zum 29.03.2018 eingeräumt, die Projekte einzureichen. Unmittelbar nach Ostern sollen alle Projekte jedem Mitglied der Bürgerschaft zugesandt werden. Am 12.04.2018 könne demnach in der Sitzung der Bürgerschaft eine Entscheidung getroffen werden. Die Beschlussvorlage solle dahingehend geändert werden, dass die Stadtverwaltung mit dem Beschluss ermächtigt werde, das Grundstück an den jeweiligen Investor zu verpachten und dann zu gegebener Zeit zum Verkehrswert zu verkaufen.

**Frau Socher**

. geht auf die Vorlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 ein und sagt, dass man zuerst darüber diskutieren sollte, die Fläche von „Sonderfläche“ zu „Grünfläche“ umzuwidmen. Danach sollte man darüber nachdenken, ob man eine Toilette dort errichten wolle oder nicht.

**Herr Hochschild**

. möchte wissen,

- welche Investoren vom Oberbürgermeister angeschrieben worden seien.
- ob in dem Anschreiben stehe, dass der Investor dann eine öffentliche Toilette betreiben müsse, die nicht nur in Abhängigkeit der Öffnungszeiten funktionieren müsse.
- wer, beim Bau einer Toilette, die Kosten übernehme und diese betreibe.

**Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass er die Namen der Interessenten im nichtöffentlichen Teil nennen

werde. Die Bedingungen zur Errichtung einer öffentlichen Toilette seien allen Investoren mitgeteilt worden.

**Herr Kremer**

. erklärt, dass für den Bau einer Toilette am Museumshafen bereits finanzielle Mittel im Haushalt eingestellt worden seien. Dieses Jahr solle mit der Baumaßnahme begonnen und nächstes Jahr solle die Toilette errichtet werden. Haushaltsmäßig werde diese Maßnahme über Städtebaufördermittel finanziert.

**Herr Spring**

. fragt, ob das Grundstück noch im Sanierungsgebiet liege.

Dies wird bejaht.

**Herr Spring**

. weist darauf hin, dass Verkäufe von in Sanierungsgebieten liegenden Grundstücken ausgeschlossen werden müssten. Im Städtebaulichen Rahmenplan sei vorgesehen, dass dort Gastronomie und touristische Angebote errichtet werden sollen, jedoch keine Produktion.

. fragt, weshalb sie die bisherigen Angebote der Investoren nicht kennen würden.

**Der Oberbürgermeister**

. stellt klar, dass eine Ausschreibung nicht erfolgen müsse. Es bestehe die Möglichkeit. Dieser Beschluss diene dazu, von einer Ausschreibung abzuweichen.

Die Änderung der Nutzung – abweichend vom Rahmenplan – sei sowohl im Grundsatzbeschluss, der von der Verwaltung angestrebt werde, als auch in der Vorlage von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 enthalten.

**Herr Spring**

. findet es ungünstig, diese Entscheidung so kurzfristig in der Sitzung der Bürgerschaft zu treffen. Dies sollte dann in den Fachausschüssen vorher noch einmal diskutiert werden.

**Der Oberbürgermeister**

. erinnert daran, dass das Vorhaben bereits im letzten Gremienlauf vorgestellt worden sei, damit alle Zeit hätten, sich mit dem Thema intensiv auseinanderzusetzen.

**Herr von Malotki**

. befürwortet die Beschlussvorlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4.

. würde sich freuen, wenn diese Entscheidung nicht in der Sitzung der Bürgerschaft gefasst werde, sondern es dazu einen Bürgerentscheid geben würde. Bisher seien 1.000 Unterschriften dafür gesammelt worden, dass die Fläche als Grünfläche erhalten bleibe.

**Herr Rodatos**

. fragt, ob durch den Städtebaulichen Rahmenplan eine rechtliche Bindung entstehe oder ob es sich lediglich um ein Planungsinstrument handele.

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 werde dort eine Bebauung nicht benötigt, sondern man sollte eher die Grünfläche als Erholungsort erhalten. Daher sei es der Fraktion sehr wichtig, möglichst viele Fraktionen vom Anliegen zu überzeugen und als Miteinbringer zu gewinnen.

**Herr Wilde**

. stellt klar, dass es sich beim Rahmenplan um ein Planungsinstrument handele, welches nach außen keine Rechtsverbindlichkeit entfalte.

. sieht keine zwingende Erforderlichkeit für die Änderung des F-Plans.

Der Städtebauliche Rahmenplan sei ein informelles Planungsinstrument mit einer Geltungsdauer von ca. zehn Jahren. Die letzte Fassung stamme aus 2016.

**Herr Multhauf**

- . hält das Vorhaben für interessant, aber sehe die Gefahr, dass nicht mehr viel Grünfläche übrig bleibe.
- . unterstützt daher prinzipiell die Vorlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4.

**Herr von Malottki**

- . fragt, ob man nicht aus wichtigen politischen Gründen von der Verkaufsverpflichtung abweichen könne.

**Frau Schinkel**

- . antwortet, dass die Fläche grundsätzlich nicht verkauft werden müsse. Bisher handele es sich nicht um ein privatisierungsfähiges Grundstück, da es derzeit eine öffentlich-nutzbare Fläche sei. Wenn es an einen privaten Investor veräußert werden sollte, dann sei es automatisch ein privatisierungsfähiges Grundstück und der Kaufpreis sei dem Sondervermögen zeitnah zuzuführen.

**Frau Socher**

- . bittet alle Fraktionen, sich noch einmal intensiv mit diesen Vorlagen auseinanderzusetzen und untereinander auszutauschen.
- . fragt sich, wie die Entscheidungsfindung in der Sitzung der Bürgerschaft ablaufen solle.

**Der Oberbürgermeister**

- . teilt mit, dass sich bisher drei Investoren zurückgemeldet hätten.
- . weist darauf hin, dass ein wenig Zeitdruck für die Entscheidungsfindung bestehe.

**Herr Hochschild**

- . kritisiert die Umgangsweise mit den Investoren und das Verfahren. Das Grundstück solle einem Investor übergeben werden, obwohl man anderen Investoren bereits zugesagt habe, sie an einer Ausschreibung zu beteiligen. Dies solle nun kurzfristig geheilt werden. Es sei nicht bekannt, um welche Investoren es sich handele und welche Vorschläge sie hätten, dennoch solle durch die Bürgerschaft eine schnelle Entscheidung getroffen werden.
- . schlägt vor, eine vernünftige Ausschreibung durchzuführen. Dadurch würden faire Bedingungen geschaffen werden.

**Frau Socher**

- . betont erneut, dass man sich zuerst darüber einig werden müsse, ob die Grünfläche erhalten oder ob sie als Sonderfläche bebaut werden solle. Wenn es zu einem Bürgerentscheid kommen sollte, sei die Bürgerschaft auch verpflichtet, diese Forderung umzusetzen.

**Frau Schlegel**

- . sagt, dass nach einer Beschlussfassung im Rahmen eines Bürgerbegehrens innerhalb von sechs Wochen dagegen vorgegangen werden könne. Dann könne es gegebenenfalls zu einer anderen Entscheidung, als im Beschluss gefasst, kommen.

**Herr Krüger**

- . erklärt, dass diese Vorlage aufgrund von Diskussionen nach den Ausschüssen erstellt worden sei. Im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen sei auch das Prozedere diskutiert worden, wie man bis zur Sitzung der Bürgerschaft vorgehen wolle.

Nach kurzer Diskussion macht **Herr Krüger** auf Punkt 2 der Vorlage seiner Fraktion aufmerksam, der beinhalte, dass ein alternatives Grundstück für das Vorhaben des Care Centers von FPx5 gesucht werde.

**Herr Prof. Dr. Hardtke**

. macht deutlich, dass eine Ausschreibung kostenintensiv sei. Daher sollte man sich vorher einigen, ob eine Bebauung erfolgen sollte oder nicht.

**Der Oberbürgermeister**

. ergänzt, dass im Brief an die Investoren bereits darauf hingewiesen worden sei, dass es diese Debatte zur Bebauung gebe.

**Herr Rodatos**

. stimmt Herrn Prof. Dr. Hardtke zu. Jedoch habe jede Fraktion die Möglichkeit, sich der Vorlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 anzuschließen und damit den Investoren im Vorab ein Zeichen zu geben.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage (TOP 5.2) auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Der Hauptausschuss beschließt, die im Eigentum der Stadt befindlichen Flächen an der Salinenstraße (Gemarkung Greifswald, Flur 5, Flurstücke 44/4, 45 und 44/3 jeweils teilweise, vorläufige Gesamtfläche 698 m²) entgegen der bisher vorgesehenen rein touristischen Nutzung einer kombinierten Nutzung von Gesundheitswirtschaft und Tourismus zuzuführen. Der Hauptausschuss beauftragt dazu die Verwaltung, direkte Verhandlungen mit den Investoren eines Care Centers, der Firma FPx5 GmbH & Co. KG, mit dem Ziel des Abschlusses eines Erbbaurechtsvertrages bzw. eines Kaufvertrages, aufzunehmen. Der BS-Beschluss B 232-09/15 kommt nicht zur Anwendung.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

Die Beschlussvorlage (TOP 5.23) wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:*

*1. Die Grünfläche am Schiffsanleger im Museumshafen bleibt - bis auf ein eventuell zu errichtendes kleines Sanitärgebäude - unbebaute Grünfläche und steht damit Einheimischen und Touristen zur Freizeitgestaltung und Erholung dauerhaft zur Verfügung. Die Verwaltung wird beauftragt, Die Ausweisung als unbebaute Grünfläche in den entsprechenden städtebaulichen Plänen zu berücksichtigen.*

*2. Die Bürgerschaft begrüßt das Vorhaben eines Care Centers von FPx5 in Greifswald. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, gemeinsam mit dem Investor einen geeigneten Standort für das Unternehmen zu finden.“*

**TOP 5.3. Besetzung Fachbeirat Greifswald Marketing GmbH (GMG)**

06/1382 **Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.

. bittet die Fraktionen, bis zur Sitzung der Bürgerschaft die Namen der Personen zu benennen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft beschließt, folgende Personen in den Fachbeirat der Greifswald Marketing GmbH zu entsenden:*

Frau/Herrn \_\_\_\_\_  
Frau/Herrn \_\_\_\_\_  
Frau/Herrn \_\_\_\_\_



Frau/Herr \_\_\_\_\_  
Frau/Herr \_\_\_\_\_  
Frau/Herr“ \_\_\_\_\_

Ergebnis:

Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	4	0

**TOP 5.4. Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen beim Amtsgericht Greifswald sowie beim Landgericht Stralsund für die Amtsperiode vom 01.01.2019 – 31.12.2023**

06/1343

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Frau Socher**

. fragt nach der Vorgehensweise zur Besetzung der Plätze, da es mehr Kandidaten als Plätze gebe.

**Frau Schlegel**

. erklärt, dass auch in den früheren Wahlperioden immer mehrere Kandidaten vorgeschlagen worden seien. Die Justizverwaltung wähle sich dann selbst die Personen aus.

. schlägt daher vor, die Auswahl nicht im Vorfeld zu begrenzen, sondern die ganze Vorschlagsliste an die Justizverwaltung zu übermitteln.

Auf Hinweis von **Frau Görs** berichtet **Frau Schlegel** weiterhin, dass das Rechtsamt die Eintragungen zu den Personen bereits im Vorfeld geprüft habe und diese damit grundsätzlich die Eignung besäßen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt gemäß § 36 Gerichtsverfassungsgesetz die Aufnahme der als Anlage aufgeführten Personen in die Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen für das Amtsgericht und für das Landgericht.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.5. Wahl der stellvertretenden Schiedsperson der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Amtsperiode vom 2018 – 2023**

06/1380

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt*

*Herrn Bertold Faust als  
Hansestadt Greifswald.“*

*stellvertretende Schiedsperson der  
Schiedsstelle der Universitäts- und*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Auf Bitte von Herrn Multhauf bietet Frau Schlegel an, Herrn Faust in die Sitzung der Bürgerschaft einzuladen.

Dies wird angenommen.

**TOP 5.6. Aktualisierung Verkauf von Wohnbauflächen im Bebauungsplangebiet Nr. 88 – Heinrich-Heine-Straße –**

06/1342

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr von Malottki**

. berichtet, dass es zu dieser Vorlage in der AG „Bezahlbarer Wohnraum“ Diskussionen gegeben hätte. Dabei sei es darum gegangen, ob es Familien dadurch schwerer gemacht werde in Greifswald Einfamilienhäuser zu bauen und ob es zu einer Ungleichbehandlung führe.

. fragt, ob es rechtlich geboten sei, die Kaufpreise zu erhöhen oder ob die Bürgerschaft auch entscheiden könne, die Grundstücke für denselben Betrag wie den der umliegenden Grundstücke verkaufen könne.

**Frau von Busse**

. erklärt, dass die Stadt grundsätzlich nach dem Verkehrswert verkaufen müsse. Hierbei gebe es die Problematik, dass das Verkehrswertgutachten nur eine Gültigkeit von zwei Jahren habe und diese mittlerweile abgelaufen gewesen sei. Daher sei der Verkehrswert zu aktualisieren. Dieser sei aufgrund der hohen Nachfrage in Greifswald gestiegen.

**Herr Kremer**

. sagt, dass die damalige Wohnbauförderrichtlinie auf Antrag einer Fraktion abgeschafft worden sei.

**Herr von Malottki**

. würde sich freuen, wenn das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern gebeten werde, für diesen Fall zu prüfen, ob man die Grundstücke für demselben Betrag wie den der umliegenden Grundstücke verkaufen könne.

**Herr Kremer**

. macht deutlich, dass es da keine Möglichkeit geben werde. Die Stadt sei verpflichtet, die Grundstücke zum Verkehrswert zu verkaufen – Ausnahme: im öffentlichen Interesse dürfe man unterhalb des Verkehrswertes verkaufen – dafür müsste man eine Förderrichtlinie beschließen.

Damals sollten die Ausbaubeiträge für die Heinrich-Heine-Straße nicht umgelegt werden und diese Kosten würden nun die Personen tragen, die dort Eigentum erwerben.

**Herr Multhauf**

. fragt, ob sich diese Bewerber erst vor kurzem gemeldet hätten.

**Frau von Busse**

. erklärt, dass die Liste durch die Verwaltung so abgearbeitet werde, wie die Bewerbungen eingingen. Dies nehme jedoch Zeit in Anspruch. Daher habe sich die Zeit so hingezogen, dass diese Bewerber nun die Gültigkeit des alten Gutachtens verpasst hätten.

**Herr Kremer**

. ergänzt, dass die gesamte Liste abgearbeitet sei.

**Herr Spring**

. sagt, dass das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern auf Anfrage der FDP die Aussage von Herrn Kremer bestätigt habe. Man könnte die Kosten nur über die Reaktivierung der Förderrichtlinie reduzieren.

**Herr Hochschild**

- . kündigt an, dass die CDU-Fraktion solch eine Richtlinie wieder auf den Weg bringen werde.
- . fasst zusammen, dass die Liste durch die Verwaltung abgearbeitet worden und das Verkehrswertgutachten abgelaufen gewesen sei, daher könne man derzeit keine Verbesserung für die Neukäufer auf den Weg bringen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt

die Änderung des Beschlusses B199-08/15 vom 20.07.2015 Punkt 4 wie folgt:

Der Verkauf bzw. die Erbbaurechtsbestellung an den letzten 5 Wohnbaugrundstücken im Bebauungsplangebiet Nr. 88 Heinrich-Heine-Straße erfolgt, entsprechend der von der Bürgerschaft am 15.04.1997 beschlossenen Vergabekriterien, an bauwillige Bürger zur Errichtung von Einfamilienhäusern zu den in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten aktualisierten Kaufpreisen.

Parzelle	Flurstück	Größe [m <sup>2</sup> ]	bisheriger Kaufpreis [€]	aktualisierter Kaufpreis [€]
A 41	216/19	731	84.065,00	98.685,00
B 6	216/34	530	60.950,00	71.550,00
B 17	216/50	580	69.600,00	78.300,00
B 20	216/47	612	70.380,00	82.620,00
B 22	216/45	627	72.105,00	84.645,00

Der aktualisierte Kaufpreis besteht aus der Kaufpreisempfehlung laut Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Vorpommern- Greifswald (GAA) vom Juli 2017 in Höhe von 125,00 €/m<sup>2</sup> zuzüglich kalkulatorischer Ausbaubeitrag für den Ausbau der Heinrich-Heine-Straße (Abrechnungsabschnitt 2) von 10,00 €/m<sup>2</sup> gemäß dem Beschluss der Bürgerschaft vom 20.07.2015.

Alle Flurstücke befinden sich in der Gemarkung Greifswald, Flur 17.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.7. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße -; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

06/1335

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Multhauf**

- . fragt, warum die Vorlage in der Ortsteilvertretung Innenstadt abgelehnt worden sei.

**Herr Hochschild**

- . erklärt, dass ein Bewohner des Wohngebietes berichtet habe, dass es auf dieser Fläche eine Wasserfläche mit einem gewissen Charme und einen Spielplatz gebe. Daher sei sicher die geringe Mehrheit der Nein-Stimmen entstanden.
- . hat sich die Situation vor Ort selbst angesehen und spricht sich für eine Bebauung aus.

**Frau von Busse und der Oberbürgermeister**

- . machen deutlich, dass es hierbei nur um den Auslegungsbeschluss und nicht um den Satzungsbeschluss gehe.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – wie folgt:*

1. *Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – (Anlage 1) sowie dessen Begründung (Anlage 2) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.*
2. *Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – (Anlage 1) sowie dessen Begründung (Anlage 2) sind gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Absatz 2 Nr. 2, Absatz 3 Satz 1 und § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.*

*Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Absatz 2 Nr. 3, Absatz 3 und § 4 Absatz 2 BauGB zu dem v. g. Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – einschließlich Begründung zu beteiligen.*

*Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – und dessen Begründung ist ortsüblich bekanntzumachen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.8. Bauantrag - Nutzungsänderung/ Umbau des ehem. Botanischen Instituts in der Grimmer Straße 86-88**

06/1347  
HA-280/18

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Frau Görs**

. sagt, dass es ein Problem bezüglich der Parkplatzsituation gebe und möchte wissen, wie der Investor damit umgehe.

**Herr Wilde**

. antwortet, dass die Stadtverwaltung zugunsten des Denkmalschutzes anrege, dem Bauantrag zuzustimmen und das gemeindliche Einvernehmen herzustellen. Zusätzlich müsse man beachten, dass die Stellplatzsatzung eine örtliche Bauvorschrift sei. Diese sei nicht Grundlage für die Prüfung der Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB.

Es sei nicht bekannt, ob der Investor Parkplätze schaffen werde.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt,*

*das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zur Sanierung und Umbaumaßnahme des ehemaligen Botanischen Instituts in der Grimmer Straße 86-88 BauGB herzustellen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.9. Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Übertragung von Aufgaben eines Aufgabenträgers nach § 3 Absatz 4 ÖPNVG M-V auf die Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald**

06/1362

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Dr. Kerath**

. regt an, einen Vertreter des Landkreises zu diesem TOP zur Sitzung der Bürgerschaft einzuladen, damit dieser noch einmal die Beweggründe darlegen könne.

**Frau Socher**

. hat diesen Hinweis aufgenommen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stimmt dem Abschluss des geänderten öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Landkreis Vorpommern-Greifswald und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Übertragung von Aufgaben eines Aufgabenträgers nach § 3 Absatz 4 ÖPNVG M-V gemäß der Anforderungen des § 12 Abs. 1 Landkreisneuordnungsgesetz-LNOG M-V gemäß Anlage zu.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.10. Beschluss Nachhaltige Entwicklung Greifswald: Anwendung der UN 2030– Agenda– Ziele auf kommunaler Ebene und Beteiligung an der Kampagne „Fairtrade Towns“ zur Erlangung des Titels „Fairtrade Stadt Greifswald“ als eine Maßnahme dazu**  
06/1345

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

1. *„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Resolution „2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ und bekennt sich somit zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Durch den Beschluss wird die Bereitschaft signalisiert, sich für ausgewählte Themen der Nachhaltigkeit zu engagieren und im Rahmen der Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.*
2. *Als eine Maßnahme im Sinne dieser nachhaltigen Entwicklung und als deutliches Zeichen in die Stadtgesellschaft beteiligt sich die Stadt an der internationalen Kampagne „Fairtrade Towns“ mit dem Ziel, den Titel „Fairtrade Stadt“ zu erlangen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	1

**TOP 5.11. Beschluss über die Teilnahme am Horizon 2020 Projekt „Compete4SECAP“ und damit einhergehend die Teilnahme am European Energy Award Prozess**  
06/1351

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Teilnahme am European energy Award (eea) Prozess mit der Unterstützung durch das Horizon2020 Projekt „Compete4SECAP“ und verfolgt damit die Umsetzung der Maßnahmenvorschläge aus dem Masterplan 100% Klimaschutz.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	3	0

## TOP 5.12. Patenschaft für Korvette

06/1319 **Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.

. erinnert an die schriftliche Anfrage an die CDU-Fraktion vom 15.02.2018, ob mit dieser Patenschaft finanzielle Verpflichtungen einhergingen.

Dies wird von **Herrn Hochschild** verneint.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt:

*„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, sich beim Bundesministerium für Verteidigung und dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr aktiv für eine Patenschaft Greifswalds für eine der geplanten Korvetten der Klasse 130 der Bundesmarine einzusetzen. Eines dieser Schiffe soll im Zuge der Patenschaft den Namen Greifswald tragen.*

*Sollte dies nicht gelingen, wird der Oberbürgermeister beauftragt, sich für die Patenschaft Greifswalds für ein anderes zukünftiges Schiff der Bundesmarine einzusetzen, insbesondere eines der geplanten Minenjagdboote.“*

## TOP 5.13. Liste der sanierungsbedürftigen und an Sportvereine verpachteten Sportstätten nebst einer Zeitliste über die Dringlichkeit der jeweiligen Maßnahmen

06/1325

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Krüger**

. informiert, dass er schon im Ausschuss den Hinweis gegeben hätte, dass der Inhalt dieser Beschlussvorlage bereits im Rahmen der Sportentwicklungsplanung durchgeführt werde.

. fragt nach der Meinung der Fraktion.

Die Fraktion werde dies noch überdenken und besprechen.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt:

*„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, eine Liste für die Sanierung und Instandsetzung von Sportstätten und Liegenschaften, die durch Sportvereine von der Stadt gepachtet wurden, zu erstellen, inklusive eines Zeitplanes der Dringlichkeit der jeweiligen Umsetzung. Zusätzlich soll ausgewiesen werden, wie die Sportvereine in die Lage versetzt werden können, notwendige Eigenmittel aufzubringen, eventuell auch durch Bezuschussung durch die Stadt. Der Bürgerschaft ist eine entsprechende Liste vorzulegen, welche dann die Priorität der der Umsetzung der Maßnahmen festsetzt. Zu den jeweiligen Maßnahmen sind Kostenschätzungen beizufügen.*

*Die geforderte Sanierungs- und Instandsetzungsliste, der Zeitplan und die zu erwartenden Kosten sind der Bürgerschaft spätestens nach der Sommerpause vorzulegen.“*

## TOP 5.14. Crowdfunding zur Finanzierung von Anlagen zur Energieerzeugung oder -speicherung

06/1346 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt:

*„Der Oberbürgermeister wird als Gesellschafter der Stadtwerke Greifswald GmbH beauftragt, zu prüfen, inwiefern Bürger/-innen an der Finanzierung von Anlagen zur Energieerzeugung oder -speicherung im Sinne eines Crowdfundings beteiligt werden können.“*

**TOP 5.15. Reduktion der Verwendung von Glyphosat, Fipronil, Neonicotinoiden und anderen, die Biodiversität gefährdenden Giften auf stadteigenen Flächen in einem dialogorientierten Prozess**  
06/1358.2

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Kremer**

. sagt, dass Pestizide die Arbeit in der Landwirtschaft erheblich erleichtert hätten. In der Beschlussvorlage werde darauf hingewiesen, dass in Rostock der Beschluss gefasst worden sei, Glyphosat zu verbieten. Dies sei nicht ganz richtig. Landwirtschaftliche Flächen seien in Rostock von diesem Verbot nicht betroffen. Es handele sich nur um öffentliche Grünflächen, versiegelte Flächen und Gartenanlagen. Anklam und Stralsund hätten die entsprechende Vorlage abgelehnt. Punkt 4 der Vorlage sei ein Vorgriff auf die Erarbeitung des Konzeptes der Verpachtung. Dies habe erhebliche Auswirkungen auf den künftigen Pachtpreis. Daher hätte auch der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen beteiligt werden können. Für die Konzepterarbeitung und die folgende Kontrolle der landwirtschaftlichen Flächen müsse entsprechend Personal vorgesehen werden. . empfiehlt, die Beschlussvorlage in die Ausschüsse zurückzuverweisen (Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen und Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung) und die Vorlage mit der Verwaltung abzustimmen.

**Frau Socher**

. sagt, dass die Anregung aufgenommen und in der Fraktion diskutiert werde.

**Frau von Busse**

. geht davon aus, dass die Erträge, die aus den Pachten erzielt werden, nach diesem Beschluss nicht mehr die gleichen sein werden. . rät dringend an, den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen zu beteiligen. Es sei eine Kooperationsvereinbarung in Arbeit, in der sich die Landwirte freiwillig verpflichten würden, bestimmte Maßnahmen zu erfüllen. Dies werde durch diese Vorlage ausgehebelt. . betont, dass in der Stadt auf öffentlichen Grünflächen kein Glyphosat oder ähnliche Mittel eingesetzt werden. . spricht, sich dafür aus, dass die Fraktion die Kooperationsvereinbarung berücksichtige und die Beschlussvorlage noch einmal überdenke.

**Frau Socher**

. sagt, dass die Beschlussvorlage nach Rücksprache mit der Greifswalder Agrarinitiative erarbeitet worden sei.

**Herr Hochschild**

. plädiert ebenfalls dafür, die Beschlussvorlage noch einmal im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen beraten zu lassen.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt:

*„Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald initiiert einen Maßnahmeplan mit dem Ziel, bis zum 31. 12. 2020 auf den ihr gehörenden Flächen den Einsatz von die Biodiversität gefährdenden Insektiziden und Pestiziden so weit wie möglich, letztlich bis hin zur Nichtverwendung zu reduzieren. Der Maßnahmeplan wird in Zusammenarbeit mit und zur Förderung von bereits bestehenden Initiativen, die in dieser Richtung arbeiten, wie z. B. der [Greifswalder Agrarinitiative](#), abgestimmt erarbeitet. Ebenfalls hinzuzuziehen sind Umweltschutzverbände wie z. B. der BUND, der NaBu und betroffene Verbände wie z. B. der der Imker\_innen. Ein Entwurf eines solchen Maßnahmeplans ist den Bürgerschaftsgremien bis zum*

Dezember 2018 zur Behandlung vorzulegen.  
Personell und/oder zur regelmäßigen Information sind die bürgerschaftlichen Gremien (u.a. Umweltausschuss) einzubeziehen.

1. In einem ersten Schritt wird ermittelt, welche die Biodiversität gefährdende Mittel - z. B. Glyphosat, Neonicotinoide, Fipronil und andere Herbizide, Pestizide, Biozide, Insektizide, Rodentizide (die Liste ist damit nicht abgeschlossen) - auf den der UHGW gehörenden Flächen zum Einsatz kommen (Termin: Juni 2019).
2. Ferner ermittelt die UHGW die auf stadteigenen Flächen tätigen Akteure, die in den Maßnahmeplan einbezogen werden sollten (Termin: Dezember 2018).
3. In einem weiteren Schritt sucht die UHGW das Gespräch mit betroffenen juristischen und natürlichen Personen auch außerhalb der stadteigenen Flächen mit dem Ziel, sie in den Maßnahmeplan einzubeziehen
4. Unabhängig von der Entwicklung des Maßnahmeplans enthalten Neuverträge mit Pächtern, Nutzern und Bewirtschaftern städtischer Flächen ab sofort eine Klausel zur Nichtverwendung von die Biodiversität gefährdenden Stoffen.
5. Die UHGW erstattet der Bürgerschaft bzw. ihren Gremien regelmäßig Bericht über die Entwicklung und die Ergebnisse des Maßnahmeplans.
6. Die verschiedenen Bürgerschaftsgremien sind aufgefordert, sich ebenfalls in die Erarbeitung des Maßnahmeplans einzubringen, denn der Maßnahmeplan wird Umwelt-, Liegenschafts-, Wirtschafts- und Bildungsfragen sowie soziale Aspekte integrativ verbinden müssen.“

#### TOP 5.16. Strandbad Eldena

06/1359 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

##### Herr Hochschild

. geht auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes diesbezüglich ein und fragt nach dem derzeitigen Stand für das Strandbad Eldena.

##### Herr Dr. Kerath

. antwortet, dass die Stellungnahme der Verwaltung noch ausstehe, welche Konsequenzen aus dem Urteil entstehen würden.  
Die Vorlage beschäftige sich im Kern mit der zukünftigen Betreuung des Strandbades.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister eine vergleichende Darstellung hinsichtlich der Betreuung des Strandbades Eldena ab dem Jahr 2019 zu erstellen. Dabei soll insbesondere die Betreuung des Strandbades durch den Eigenbetrieb Seesportzentrum, die ABS Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH, die Verwaltung selbst und einen fremden Dritten berücksichtigt werden. Grundlage für den Variantenvergleich ist der kostenlose Eintritt ins Strandbad ab dem Jahr 2019. Ferner soll im Vergleich der Varianten geprüft werden, inwieweit eine Ausschreibung notwendig ist.“

#### TOP 5.17. Prüfauftrag Internet an Schulen

06/1370 Der Oberbürgermeister

. ruft den TOP auf.  
. sagt, dass eine Prüfung zwar durchgeführt werden könne, aber die Umsetzung in diesem Haushalt sehr ambitioniert sei.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt:

1. „Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, mit welchen Varianten die Schulen in der Stadt Greifswald mit einer symmetrischen 1-Gigabit Anbindung ausgestattet werden können. Darzustellen sind die möglichen Varianten mit den jeweils einmaligen Investitionskosten, den monatlichen



*Gesamtkosten, Zeitdauer für eine mögliche Umsetzung und mögliche Deckungsquellen im aktuellen Doppelhaushalt 2017/2018.*

2. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, durch welche Maßnahmen die EDV-Betreuung der Schultechnik verbessert werden kann.“*

#### **TOP 5.18. Neubesetzung in OTV Ostseevierteil**

06/1375 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:  
Herr Jörg Meyer wird stellvertretendes Mitglied in der OTV Ostseevierteil.“*

#### **TOP TV. Empfehlungen an die Verwaltung für eine barrierefreie Stadt 2018**

06/1327.1 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt die Empfehlungen der AG „Barrierefreie Stadt“ zur Kenntnis. Die Empfehlungen sind durch die Fachämter zu prüfen. Die Ergebnisse werden der AG „Barrierefreie Stadt“ mitgeteilt. Umsetzbare Empfehlungen sind in die Planung kommender Haushalte miteinzubeziehen. Eine schrittweise Umsetzung wird angestrebt.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

#### **TOP TV. Empfehlungen an die Verwaltung für eine barrierefreie Stadt für die Umsetzung ab 2019**

06/1328.1 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt die Empfehlungen der AG „Barrierefreie Stadt“ zur Kenntnis. Die Empfehlungen sind durch die Fachämter zu prüfen. Die Ergebnisse werden der AG „Barrierefreie Stadt“ mitgeteilt. Umsetzbare Empfehlungen sind in die Planung kommender Haushalte miteinzubeziehen. Eine schrittweise Umsetzung wird angestrebt.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

#### **TOP TV. Annahme einer Spende für Projekte der Kriminalprävention**

06/1383 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Spende der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH in Höhe von 5.000,00 € für Projekte der Kriminalprävention.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

## TOP TV. Bürgerschaft bekennt sich zum Theater Vorpommern

06/1405 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt:

*„Die unterzeichnenden Fraktionen der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt bekennen sich zum Theater Vorpommern und fordern eine Zukunft für das Theater Vorpommern unter folgenden Rahmenbedingungen:*

*1. Greifswald braucht das Theater Vorpommern mit Schauspiel, Musiktheater, Orchester und Ballett und die Region braucht dieses Theater an allen drei Standorten Stralsund, Greifswald und Putbus.*

*2. Die Region hat mit der Fusion zum Theater Vorpommern und auch noch danach bereits große Einsparungen in ihrer Theaterlandschaft akzeptieren müssen. Auch die Theater-Mitarbeiter haben mit ihrem langjährigen Lohnverzicht (Haustarif) einen erheblichen Beitrag geleistet.*

*Daher gilt nun:*

*3. Die Bezahlung der MitarbeiterInnen muss zeitnah nach dem Flächentarifvertrag erfolgen. Die Angleichung soll in einer Vereinbarung zwischen dem Theater Vorpommern und den Gewerkschaften fest vereinbart werden.*

*4. Die zeichnenden Fraktionen bekunden ihren erklärten Willen den finanziellen Zuschuss der kommunalen Gesellschafter dauerhaft und steigend zu erhöhen. Die zeichnenden Fraktionen werden sich bei den jeweiligen Haushaltsaufstellungen in ihren Gebietskörperschaften für die Erhöhung der Zuschüsse einsetzen.*

*5. Die zeichnenden Fraktionen erwarten ein gleiches Bekenntnis auch von der Landesregierung, in dem diese durch eine angemessene und kontinuierliche Aufstockung des Landeszuschusses den Fortbestehen des Theater Vorpommerns unterstützt und dessen Insolvenz abwendet.“*

## TOP 5.23 Grundstücksveräußerung Grünfläche am nördlichen Museumshafen (Schiffsanleger Stubnitz)

06/1406

siehe TOP 5.2 (Seite 5)

## TOP 6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

### **Frau von Busse**

. informiert, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung und der Ortsteilvertretung Innenstadt eine Planung zum Hansering vorgestellt worden sei. Da die Präsentation leider nicht im Vorab den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden konnte, aber ein Votum erbeten worden sei, ob die präferierte Lösung der Verwaltung von der Bürgerschaft mitgetragen werde, sei vereinbart worden, dieses Votum nun im Hauptausschuss zu erfragen. Zur Sicherstellung des Rettungsdienstes und Brandschutzes sei es notwendig, die Radstreifen auf der Straße zu führen. Die Frage sei, ob dies von den Fraktionen mitgetragen werde.

### **Herr Hochschild**

. fragt, ob die Radstreifen breit genug seien.

**Frau von Busse**

. antwortet, dass der Radstreifen über eine Breite von 2,50 m verfügen solle.

**Herr Hochschild**

. sagt, dass nur diese Variante den Rettungsdiensten erlaube, vorbeizufahren. Daher gebe es keine andere Möglichkeit.

Die CDU-Fraktion würde diese Variante daher begrüßen.

**Herr Wilde**

. fasst zusammen, dass es im Wesentlichen um die Entscheidung gehe, ob die Radfahrer auf der Fahrbahn oder auf den Nebenanlagen entlanggeführt werden. Die im Moment als Vorzugsvarianten geltenden Nummern sind 1.3 und 1.4.

**Frau von Busse**

. ergänzt, dass diese beiden Varianten sich nur in der Lage der Bushaltestellen unterscheiden.

**Herr Dr. Kerath**

. berichtet, dass man bei der Beschlussfassung im Januar 2016 zur Teilnahme am EFRE-Projekt von einem Gesamtinvestitionsvolumen von 5 Mio. EUR ausgegangen sei. Dafür sei eine Zusage der Fördermittel von 3,75 Mio. EUR eingegangen. Nun gehe man von einem Gesamtinvestitionsvolumen von 7 Mio. EUR aus.

. möchte wissen, wie die zusätzlichen 2 Mio. EUR zustande kommen. Außerdem sei im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung von einem hohen Zeitdruck berichtet worden, da die Angst bestehe, innerhalb des Förderzeitraumes nicht rechtzeitig abrechnen zu können.

. fragt, was passiere, wenn dieser Zeitraum nicht eingehalten werde. Woher komme dann das Geld?

Derzeit gebe es bereits eine Unterdeckung von 2 Mio. EUR. Gebe es dazu eine Förderzusage?

**Frau von Busse**

. geht auf die Präsentation aus dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung ein, bei der auf einer der letzten Seite zusätzliche Kosten aufgeführt worden seien. Besonders kostenintensiv sei dabei die Spundwand im Bereich des Hafens. Eine Ergänzung des Fördermittelantrages sei für das EFRE-Verfahren nicht gestellt worden, da die Stadt derzeit davon ausgehe, die Spundwand über die Städtebaufördermittel finanzieren zu können.

**Frau Schinkel**

. ergänzt, dass es sich dabei um die Notvariante handele. Man werde es vorher mit einem Einzelantrag versuchen, wofür man jedoch die Leistungsphase 3 benötige. Die Förderquote bei EFRE-Mitteln sei eine andere als bei städtebaulichen Fördermitteln. Es belaste in keinem Fall den Kernhaushalt zu 100 Prozent, sondern nur den Anteil der nichtzuwendungsfähigen Kosten.

Die Abrechnung der Maßnahmen muss bis 2021/22 erfolgen.

. erinnert daran, dass immer noch eine Verknüpfung des Fördermittelantrages für den Hansering mit der Integrierte Gesamtschule Erwin Fischer bestehe. Sollte es der Stadt nicht gelingen, den Hansering in der Durchführung voranzutreiben, bestehe die Gefahr, dass die Fördermittel für die Erwin-Fischer-Schule nicht gewährt werden und damit aus dem Kernhaushalt beglichen werden müssten. Daher sei das Bestreben, schnellstmöglich mit der Leistungsphase 3 zu beginnen, um den Fördermittelantrag für das Vorhaben Hansering beantragen zu können und dann auch in die Durchführung zu gelangen.

**Herr Multhauf**

. hält das Vorhaben Hansering für so arbeitsaufwendig und kostenintensiv, dass er dafür plädiere, das gesamte Vorhaben erst einmal einzustellen.

**Herr Krüger**

. fragt Herrn Multhauf, ob man dadurch riskieren sollte, dass die Erwin-Fischer-Schule keine Fördermittel erhalte und diese Kosten aus dem Kernhaushalt beglichen werden sollten. Diese Beschlusslage sei faktisch hergestellt worden.

**Herr Hochschild**

. sagt, dass es immer das Ziel der Städtebauplanung gewesen sei, dass der sogenannten „grüne Ring“ um das gesamte historische Stadtzentrum herumführe. Der starke Autoverkehr sollte mit entsprechendem Grün und begleitenden Radwegen attraktiv gestaltet werden, sodass man am Wasser gut wohnen könne.

**Herr von Malottki**

. greift die Frage von Herrn Multhauf auf, ob es möglich sei, dieses Projekt zu verschieben.

**Frau Schinkel**

. antwortet, dass diese Verknüpfung beider Projekte auf einer Vorgabe der Europäischen Kommission beruhe, deren ERFE-Mittel die Stadt in Anspruch nehme. Das Ziel Nr. 9 „Armutsbekämpfung“ hätte bisher immer Vorrang gehabt. Dies werde durch den Neubau der Integrierte Gesamtschule Erwin Fischer umgesetzt. Parallel sei man gezwungen worden, auch das Ziel Nr. 6 „Grün schaffen“ umzusetzen. Dabei habe sich der Hansering durchgesetzt.

. weist noch einmal deutlich darauf hin, dass bei einer nicht rechtzeitigen Abrechnung das Projekt IGS Erwin Fischer aus dem Kernhaushalt finanziert werden müsse.

**Herr Krüger**

. sagt, dass die Positionierung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 zeitnah nachgereicht werde.

**Herr Wilde**

. bittet um Zeitdisziplinierung.

**Herr Dr. Kerath**

. informiert, dass sich die SPD-Fraktion für die Variante 1.3 ausspreche.

**Der Oberbürgermeister**

. teilt mit, dass Herrn Herenz – Leiter der Berufsfeuerwehr – mit Wirkung zum 01.04.2018 die Eigenschaft eines Beamten auf Lebenszeit verliehen worden sei.

**Frau von Busse**

. berichtet, dass in der Presse eine Aussage zu den Fördermitteln für die neue Grundschule enthalten gewesen sei. Vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern sei die Möglichkeit eröffnet worden, den Antrag für die Städtebauförderung 2018 zu erweitern und in einem ersten Schritt 5 Mio. EUR für die neue Grundschule zu beantragen. Dabei handele es sich allerdings noch nicht um eine Bewilligung. In der Stadtverwaltung werde nun geprüft, wie die Gesamtfinanzierung sichergestellt werden könne. Es bestehe jedoch die Hoffnung, dass man über zwei weitere Raten die entsprechenden Mittel über Städtebauförderung beim Land erhalte.

. weist darauf hin, dass es sich hierbei allerdings um eine deutlich schlechtere Förderquote als bei der EFRE-Förderung handele. Bei einem Neubau würden nach Städteförderung nur 50 Prozent gefördert werden und von diesen Prozent (5 Mio. EUR) seien 1/3 städtische Anteile.

## **TOP 7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses**

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

### **Frau Socher**

. fragt die Fraktionen der CDU, Kompetenz für Vorpommern und Bürgerliste Greifswald-FDP an, ob sie die Beschlussvorlage „Bürgerschaft bekennt sich zum Theater Vorpommern“ miteinbringen wollen.

### **Herr Hochschild**

. sagt, dass die Finanzierung der Beschlussvorlage noch nicht dargestellt sei.  
. die CDU-Fraktion habe sich noch nicht gemeldet, da sie vor einer Reaktion erst erfahren wollte, wie sich alle anderen Fraktionen positionierten.  
. spricht sich für das Theater und eine gemeinsame Vorlage aus. Dann sollten jedoch auch alle Gesellschafter und das Land mitmachen.

### **Frau Socher**

. nimmt dies zur Kenntnis und wird sich nach der nächsten Fraktionssitzung noch einmal mit den Fraktionen in Verbindung setzen.

### **Herr Dr. Steffens**

. fragt, was der Begriff „zeitnah“ in der Beschlussvorlage ausdrücken solle.

### **Herr Dr. Kerath**

. sagt, dass mit „zeitnah“ klargestellt werden solle, dass nicht ewig auf die Angleichung an den Flächentarifvertrag gewartet werden müsse. Es sei jedoch schwierig, ein genaues Datum festzulegen.  
Was die Finanzierung betreffe, werde man um eine Steuererhöhung nicht herum kommen.

### **Herr von Malottki**

. berichtet, dass im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft die Umsetzung des Variantenvergleichs des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums diskutiert worden sei. Es sei wichtig, dass der Variantenvergleich abgeschlossen werde, bevor der neue Doppelhaushalt aufgestellt werde. Es sei nicht bekannt, welche Anforderungen das Dezernat II an diesen Variantenvergleich richte und ob es hier Unterschiede zum Variantenvergleich der Erwin-Fischer-Schule gebe.  
. informiert, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft im Alexander-von-Humboldt-Gymnasium stattfinden werde.  
. fragt nach dem aktuellen Stand.

### **Frau von Busse**

. sagt, dass das Dezernat II keine Kriterien für das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium ermittle, sondern das Schulverwaltungsamt vorgebe, welche Kriterien zu berücksichtigen seien.  
.ergänzt, dass wieder eine Finanzierung mit dem Landkreis zusammen aufgestellt werden müsse. Der Landkreis habe jedoch bereits signalisiert, dass er sich im Moment, aufgrund der Haushaltssituation vor 2020 nicht in der Lage sehe, weitere Gespräche zur Finanzierung oder zur erhöhten Beteiligung zu führen.

### **Herr Kremer**

. führt aus, dass man für die Durchführung eines Variantenvergleiches eine Aufgabenstellung benötige. Das Schulverwaltungsamt habe Herrn Burmeister um Zuarbeit gebeten. Im letzten November sei diese Zuarbeit eingegangen. Daraufhin habe das Schulverwaltungsamt eine Aufgabenstellung erarbeitet, die von der Zuarbeit etwas abweiche. Nun müsse eine Klärung herbeigeführt werden, welche der beiden

Varianten umgesetzt werde.

. weist dann auf die personelle Situation im Immobilienverwaltungsamt hin.

**Herr von Malottki**

. könne sich nicht vorstellen, dass der Landkreis solche weitreichenden Entscheidungen bis 2020 ohne den Kreistag vornehme.

. fragt nach dem Sachstand zur Ampel an der Käthe-Kollwitz-Schule.

**Frau von Busse**

. berichtet, dass sich bei einer Prüfung am Standort herausgestellt habe, dass sich dort ein größeres unterirdisches Bauwerk der Stadtwerke Greifswald GmbH befinde. Daher habe es Abstimmungsbedarf zwischen den Stadtwerken und der Firma gegeben. Dies sei jetzt geklärt. Nun warte man auf Witterungsverhältnisse von dauerhaft 5 Grad, um die Ampel aufstellen zu können.

. geht auf das Thema „erhöhte Belastung für die Friedrich-Loeffler-Straße aufgrund des Umbaus des Hanserings“ ein. Derzeit sei nicht angedacht, eine offizielle Umleitung durch die Friedrich-Loeffler-Straße zu führen. Es sei eher geplant, neben der Baustelle eine Baustraße einzurichten. Die genaueren Details würden in der nächsten Detailplanung geklärt werden.

**Herr von Malottki**

. weist daraufhin, dass bei der letzten Haushaltsdebatte versucht worden sei, mehr Personal für die Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Dies sei jedoch nicht gelungen.

**Herr Multhauf**

. informiert, dass Sebastian Ratjen vor einigen Tagen verstorben sei. Er sei jahrelang ein bemerkenswertes Mitglied der Bürgerschaft und der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt gewesen.

. bittet daher, dass auch die Bürgerschaft sich in irgendeiner Form äußere.

**Frau Socher**

. sagt, dass es in der nächsten Bürgerschaft eine Schweigeminute mit einer Würdigung von Herrn Ratjen geben werde.

**Herr Dr. Kerath**

. fragt nach dem Sachstand des Straßenausbaus an der Flugplatzsiedlung Ladebow.

**Frau von Busse**

. kann zum konkreten Stand derzeit keine Auskunft geben.

Es wird sich darauf geeinigt, den Sachstand dem Protokoll dieser Sitzung beizufügen.

**TOP 8. Mitteilungen der Präsidentin**

keine

**TOP 9. Schluss der Sitzung**

Der Oberbürgermeister beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses um 19:39 Uhr.

für das Protokoll

*Dr. Stefan Fassbinder*  
*Oberbürgermeister*

*Sarah Wiesenberg*  
*Sachbearbeiterin*  
*Sitzungsdienst Hauptausschuss*

Anlage:

- Sachstand des Straßenausbaus der Flugplatzsiedlung Ladebow